

Die Bundesregierung hat der DDR mit der Wirtschafts- und Währungsunion bereits großzügig geholfen, und sie wird das bis Jahresende in erhöhtem Maße tun. Darüber hinaus kommt später der Länderfinanzausgleich hinzu.

Wir vertrauen darauf, daß unser schwer in Mitleidenschaft gezogenes Land sowohl mit der Anstrengung aller Deutschen als auch mit der besonderen Hilfe der Bundesrepublik wieder aufgebaut wird, ohne daß wir uns die Reparationen gegenseitig aufrechnen müssen.

Die Fraktion der DSU lehnt es ab, den Antrag an den Ausschuß zu überweisen. - Sie können sich setzen, Herr Professor, ich beantworte Ihnen keine Fragen.

(Gelächter bei der PDS - Beifall bei der DSU)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. - Als nächster spricht für die Fraktion der F.D.P. der Abgeordnete Kney.

Dr. Kney für die Fraktion der F.D.P.:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der PDS-Fraktion orientiert sich an der Vergangenheit, an der unseligen Teilung unseres Vaterlandes und deren Folgen. Er ist nach unserer Auffassung unseriös, geht an deutsch-deutscher Wirklichkeit weit vorbei und ist ein weiterer Versuch, die Einigung von uns Deutschen zu belasten, zu blockieren, wenigstens zu unterlaufen.

Die F.D.P.-Fraktion hatte die leise Hoffnung, daß Sie Ihren Antrag spätestens nach Beschluß der Volkskammer in den heutigen Morgenstunden zurückziehen. Das wäre nach unserer Auffassung sinnvoll gewesen. Doch offensichtlich haben Sie diesen Beschluß des Parlaments noch nicht verkraftet, sonst könnte nicht von Zahlung der Bundesrepublik Deutschland an die DDR in ihrem Antrag die Rede sein. Denn folgt man dieser winkeladvokatischen Meisterleistung, dann hieße das, daß innerhalb von wenigen Tagen die Bundesrepublik Deutschland an die DDR 727 Milliarden DM zu zahlen hätte. Das geht ja wohl von vornherein schon mal nicht.

Eigentlich ist Ihr Antrag auf Polemik angelegt. Und diesen Gefallen möchten wir Ihnen nicht tun.

Zwei Anmerkungen muß ich dennoch machen, weil sie deutlich machen sollen, warum die F.D.P.-Fraktion gegen Ihren Antrag ist und es nicht für erforderlich hält, diesen an den Ausschuß Deutsche Einheit zu überweisen.

Erste Anmerkung: Meine Damen und Herren, Millionen Menschen in der Welt, auch die Deutschen in der Bundesrepublik, wissen, daß wir im Osten Deutschlands unverschuldet die weitaus größere Last an den Kriegsschulden abzutragen hatten. Dies ist jedoch weder die Schuld der Bundesregierung noch der Menschen in der Bundesrepublik. Ursächlich geht dieses deutsch-deutsche Schicksal zurück auf das Urteil, das durch die Siegermächte über die Entwicklung der Lebensverhältnisse der Deutschen in Deutschland Ost und Deutschland West gesprochen wurde. Deshalb können Sie als Antragsteller heute nicht einfach rufen: Her mit der Marie, macht die Milliarden locker! - Nein, Ihre Forderung verhallt in 40 Jahren Geschichte, Geschichte, die in ihrem Verlauf nicht mehr rückgängig zu machen ist, so bitter das für den einzelnen, der in oberen Lebensabschnitten angelangt ist, auch sein mag. Und heute - nicht ein Tag und nicht eine Stunde, die die Menschen mit den harten Lasten in all den Jahren gelebt haben, werden durch Ihren Antrag im Nachhinein besser.

Zweite Anmerkung: Ihrem Antrag zu folgen hieße, die Teilung Deutschlands de facto beizubehalten, mit dem kleinen Unterschied, daß nicht mehr die Bundesrepublik der DDR, sondern der Westen dem Osten gibt. Nein, das wird nichts, so kann man ein gemeinsames Deutschland nicht aufbauen. Kräche wären von vornherein programmiert, auch sehr zum Leidwesen unserer europäischen Nachbarvölker. Sie erwarten ja gerade ein europäisches Deutschland, das schnell die Probleme des Einigungsprozesses meistert, um den Blick für die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Länder in Mittel- und Osteuropa zu schärfen.

Meine Fraktion setzt sich nachhaltig dafür ein, daß wir nach vorn kommen, besonders im Osten Deutschlands, weil dies auch für Europa gut ist. Und wir wollen nach vorn kommen mit einem Einigungsvertrag, der die Belange der Bürger in allen deutschen Ländern berücksichtigt. Ich denke hier insbesondere an den Länderfinanzausgleich. Versuche, die Verhandlungsergebnisse durch moralische Erpressung hochzufahren, halten wir für völlig ungeeignet und lehnen sie deshalb ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P. und CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Bitte schön, eine Frage.

Claus (PDS):

Herr Abgeordneter, da Sie so intensiv über unsere Motive zu diesem Antrag nachgedacht haben,

(Dr. Kney, F.D.P.: Über welche?)

über unsere Motive zu diesem Antrag - und das hier auch ausgesprochen haben, möchte ich Sie fragen: Könnten Sie sich nicht als Motiv auch vorstellen, daß es doch wohl einen Unterschied macht, ob diese fünf Länder des Ostens mit diesem moralischen Anspruch in die Einigung gehen oder nicht? Es ist doch wohl unter anderen Bedingungen der Anfang hier gemacht worden. Und deshalb hat auch dieser Antrag bei uns diese Form gefunden. Wollen Sie dieses Motiv anerkennen für den Einigungsprozeß?

Dr. Kney (F.D.P.):

Nein, kann ich nicht anerkennen, schon deshalb nicht, weil der Ausgangspunkt Ihrer Fragestellung oder der Ausgangspunkt Ihres Antrages sozusagen falsch gesetzt ist. Ich bin sehr für einen gerecht ausgehandelten Einigungsvertrag, aber nicht nach der Maßgabe, daß die finanziellen Mittel dafür aus den 727 Mrd. Mark Reparationen, die wir sozusagen einklagen wollen bei der Bundesrepublik, gestützt werden können. Das ist aus unserer Sicht unseriös.

(Beifall bei der F.D.P.)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Herr Heltzig von der SPD.

Dr. Heltzig (SPD):

Herr Kollege, meinen Sie nicht auch, daß bei der Beurteilung der Ausplünderung der DDR das Verursacherprinzip angewendet werden sollte und die Schuldigen, die SED und die KPdSU, zur Kasse gebeten werden sollten?

(Beifall bei der F.D.P. und CDU/DA)

Dr. Kney (F.D.P.):

Das ist sicherlich ein Punkt, den man hervorheben muß. Aber, Herr Dr. Heltzig, ich muß auch zum zweiten sagen, ich habe mich dahingehend auch geäußert: Es ist, glaube ich, auch ein Stückchen Schicksal, was hier mit in Rede zu bringen ist und was wir nicht übersehen wollen. Und dieses wird auch von den Menschen der Bundesrepublik ja akzeptiert. Deshalb ist ja auch ihre moralische Bereitschaft so groß, in einem Einigungsvertrag uns gewissermaßen solidarisch zu helfen. Das wollen wir doch nicht übersehen. Und wenn wir das sozusagen Mark gegen Mark aufrechnen, kommen wir zu einem Einigungsvertrag, der nach meiner Auffassung moralisch aus unserer Sicht kaum zu rechtfertigen ist.

(Beifall bei der F.D.P. und CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Noch eine Frage.

Dr. Kney (F.D.P.):

Herr Professor Heuer, ich hätte wetten können, es kommt eine Frage von Ihnen. Ich bin gern bereit.

Prof. Dr. Heuer (PDS):

Heuer, PDS.